



www.occupymoney.de



OCCUPY MONEY

Für eine faire Geldordnung.

Aufruf für eine neue Geld- und Finanzmarktforderung

- **Wir sind parteipolitisch unabhängig, gewaltlos, konstruktiv, integrativ, reformorientiert.**
- **Wir fördern eine neue Geld- und Finanzmarkttheorie. Für ein unabhängiges Finanzinstitut.**
- **Wir fördern eine unabhängiges „Geld“wissen in Schule, Studium und in der Bevölkerung.**
- **Wir fördern politische Forderungen für eine gemeinwohlorientierte, stabile Ordnung.**
- **Wir fördern Kampagnen, die diesen Forderungen Nachdruck verleihen.**
- **Wir fördern alle Kräfte für Regulierung und Unabhängigkeit der Regulierungsinstitutionen.**
- **Wir fordern die rechtliche Klärung der Geldschöpfung.**

Wir fordern:

1. Entflechtung der Mega (Schatten) Banken: Absolutes Größenlimit für Finanzinstitute bei 100 Mrd. € Bilanzsumme (Deutsche Bank: über 2 Bio. Euro) zur Wiederherstellung einer fairen Marktwirtschaft ohne Erpressungspotenzial gegenüber der Politik.
2. Trennung der Tätigkeitsfelder der Geschäfts- und Investmentbanken. Geschäftsbanken tätigen das Depositen- und Kreditgeschäft im Realsektor (Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Einlagen, Sparangebote, Kreditvergabe, An- und Verkauf von Wertpapieren für Kunden) durch dezentrale Banken (z. B. ähnlich den deutschen Genossenschaftsbanken und Sparkassen).
3. Höheres Eigenkapital aller Banken (einschließlich Schattenbanken) durch eine vorgeschriebene ungewichtete Eigenkapitalquote von 20-30 %, also keine Risikogewichtungen à la Basel III mit einer Eigenkapitalhinterlegung von Null für Staatsanleihen
4. Erhebung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,01 % bis 0,1 % und ergänzend eine Gewinnbesteuerung in Abhängigkeit von der Haltedauer (unter einer Stunde: 100 %, unter einer Woche 80 % usw.), was z. B. das Ende des Hochfrequenzhandels bedeuten würde.
5. Untersagen von Leerverkäufen aller Art und von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS). Nicht über Börsen oder eine Plattform abgewickelte, sog. OTC-Transaktionen sind rechtlich nicht einklagbar, dies gilt nicht bei Reallieferung (Beleg nötig); deutlich höhere Hinterlegungsmargen (30 %) bei Derivatgeschäften.
6. Verbot des Verkaufs von undurchsichtigen Finanzprodukten wie z. B. sog. Garantiezertifikate an Kleinanleger.
7. Abbau der (u. a. durch den Zinseszins bewirkten) Konzentration der Geldvermögen (denen entsprechende Schuldner gegenüberstehen müssen, die bereit sind, dafür Zinsen zu zahlen) durch eine Vermögensabgabe bei Kapitaleinkünften über 50.000 Euro als Beteiligung an der Finanzkrise, grundsätzlich höhere progressive Einkommens-, Erbschafts-, Körperschafts- und Vermögenssteuern zur Vermeidung immer größerer Vermögens- und spiegelbildlicher Schuldenberge.



www.occupymoney.de



OCCUPY MONEY

Für eine faire Geldordnung.

Wie könnte EU Staatsschuldenkrise gelöst werden?

1. Als **kurzfristige Maßnahme** hätte Griechenland bei legaler Einhaltung des EU-Vertrages die Staatsinsolvenz erklären und eine drastische Umschuldung z. B. nach Kapitel 9 der amerikanischen Insolvenzverordnung oder über den Pariser Club vornehmen müssen. Durch die diversen „Rettungsschirme“ sind jetzt $\frac{3}{4}$ der Griechenschulden nach bekanntem Muster beim Steuerzahler gelandet (EFSF, EZB, IWF u. a.).
2. **Was sollte geschehen?** Bei Bedarf Aufkauf von Staatsanleihen der Krisenländer zu Marktpreisen (mit z. T. hohen Abschlägen) über die EZB oder eine EU-Zweckgesellschaft (ESM mit Banklizenz), Bedienung der Anleihen bei Fälligkeit zum Ankaufpreis (reale Umschuldung). Nötige Rekapitalisierungen der Banken bei bereits hohen Staatsverschuldungsgraden eventuell über die EZB durch stimmrechtslose, temporäre Aktienbeteiligungen (*lender* und *owner of last resort*); bei Neuemissionen Ankaufpolitik der EZB am Sekundärmarkt zur Stabilisierung der Zinsen bei Neuemissionen bei maximal 5 %. Über die (längerfristigen) Gegenleistungen der gestützten Länder muss die Politik befinden (z. B. Befreiung des Mittelmeeres von Plastikabfällen durch Griechenland), auch die EZB sollte ihre permanenten Banken-Subventionsmaßnahmen überdenken (gefällige Stresstests, Niedrigzinsmanipulationen, keine angemessenen Abschläge bei der Hereinnahme hochverschuldeter Länderanleihen in den 10 Jahren vor der Finanzkrise, Akzeptanz von sonstigen (Un)Wertpapieren bei Zentralbankgeldausgabe usw.).
3. Man könnte auch **inflationsindexierte „Volksanleihen“** vorsehen, die von den nationalen Inflationsraten abhängen und nur von Inländern für mindestens fünf Jahre mit einem zusätzlichen Zinscoupon von 0,5-1 % als Substanzsicherung für den Durchschnittsbürger zu erwerben sind, der durch die von der EZB manipulierten niedrigen Zinsen zurzeit enteignet wird (Zinserträge liegen unter der Inflationsrate und dennoch Abgeltungssteuer).
4. **Längerfristig:** Einführung einer Staatsinsolvenzverordnung, regelbasierte Kontrolle der privaten und öffentlichen Verschuldung, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, EU-weite Mindeststeuersätze für Einkommen, Vermögen und Kapitalerträge, d. h. Beendigung der Kannibalisierung durch Steueroasen (z. B. in wie Großbritannien und Luxemburg).
5. Eventueller Befreiungsschlag zur schnellen Schuldenreduktion durch eine Zwangsabgabe der Geldvermögen (nur?) in Euroland zur Rückzahlung der Staatsschulden. Am Beispiel Deutschlands: die bestehenden 5 Bio. Euro Geldvermögen werden einmalig mit ungefähr 2 Bio. Euro besteuert und die gesamte deutsche Staatsschuld in einem Rutsch getilgt, sodass den Besteuernten in kürzester Frist ihre Vermögensabgabe wieder zufließt.

Vorschläge für eine Reform der Geldordnung und der Staatsfinanzierung:

1. Wir schlagen ein 100%-Vollgeld vor, d. h. Ende des Geldschöpfungsprivilegs der Banken durch Kreditvergabe bei 1- prozentiger Mindestreserve; für Giroguthaben gilt die volle Deckungspflicht (die sog. Einlagensicherung bis 100.000 Euro steht nur auf dem Papier); nur Sparguthaben sind unter Berücksichtigung der Fristigkeiten verleihbar, die zu permanenten Krisen führenden Kreditinflationen durch die Banken müssen aufhören.
2. Die nötige Geldzufuhr in einer wachsenden Wirtschaft erfolgt durch inflationsneutrale, kostenlose ‚Geschenke‘ der unabhängigen Zentralbank an den Staat in Höhe des (Potenzial) Wachstums des jeweiligen Landes (bei 2 % BIP-Wachstum in Deutschland: etwa 50 Mrd. Euro/Jahr); im Gegenzug: keine (Neu) Verschuldung durch die öffentliche Hand oder nur über die oben genannten Volksaktien. Zurzeit leihen sich die Banken für 1 % Zentralbankgeld und kaufen für mindestens 5 % Staatsanleihen der Südländer, Gewinnspanne: 500 %,